

# Qualität und Flexibilität sind erwünscht

**Ganztag** Das Gesetz für die Grundschule ist beschlossen, aber es bleiben noch Fragen offen. *Von Renate Allgöwer*

**C**DU und FDP im Landtag verstehen sich als die Kämpfer für die Freiheitsrecht der Eltern. Zumindest wenn es um den Ausbau der Ganztags-schulen an Grundschulen geht. Georg Wacker, der bildungspolitische Sprecher der CDU, vermisst im neuen Gesetz zur Ganztags-schule ebenso die „echte Wahlfreiheit“ der Eltern wie sein Kollege Timm Kern (FDP). Beide befürchten, dass Eltern in Zukunft nicht mehr die Wahl zwischen gebundenen und freiwilligen Ganztagsangeboten hätten. Das widerlegten die Regierungsfra-ktionen in der Landtagsdebatte am Mitt-woch. Kern warnte, „selbst die besten Ab-sichten rechtfertigen nicht den Zwang zur Ganztags-schule“.

Sandra Boser (Grüne) trat auch der For-derung der CDU entgegen, an einem oder an zwei Tagen in der Woche Ganztagsange-bote zu machen. „Die CDU hat den Blick für die Qualität völlig verloren“, konstatierte die Bildungsexpertin der Grünen. Es gebe keine Ganztags-schulen, die nur an einem oder an zwei Tagen geöffnet seien, sagte Boser und verwies auf die De-finition der Kultusminister-konferenz, die davon ausgeht, dass an mindestens drei Tagen in der Woche Ganztagsbetrieb geboten wird. So sieht das auch die Landtagsmehrheit.

Grüne und SPD bewerten die Aufnahme der Ganztags-schulen in das Schulgesetz als einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der baden-württem-bergischen Schullandschaft. Im neuen Ganztags-schulskonzept für die Grundschu-len spielen auch die außerschulischen Part-ner eine gewichtige Rolle. Das Land unter-stützt den Ganztagsbetrieb mit zusätzli-chen Lehrerstunden. Städte und Gemein-de können sich aber bis zur Hälfte dieser Stunden auszahlen lassen, und mit dem

**„Eltern akzeptieren Ganztags-schulen nur dann, wenn sie sehr gut sind.“**

Doro Moritz,  
GEW-Landesvorsitzende



Die Grundschule bildet den Einstieg in das neue Ganztagskonzept des Landes

Foto: dpa

Geld Angebote von Vereinen oder Kunst- und Musikschulen finanzieren. Diese Mög-lichkeit der Monetarisierung hob Stefan Fust-Blei (SPD) als besonders innovativ hervor.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wis-senschaft (GEW) hingegen hält gar nichts von der Versilberung der Lehrerstunden. Die GEW-Vorsitzende Doro Moritz beton-te, Ganztags-schulen würden von den Eltern nur akzeptiert, wenn sie sehr gut seien. Die Zusammenarbeit der Schulen mit Vereinen bezeichnete Moritz zwar als sehr wichtig. Sie fordert dafür aber zusätzli-ches Landesgeld. „Mit einer Umwidmung der Lehrerwo-chenstundenzuweisung lässt sich das nicht finanzieren“,

klagte die GEW-Chefin.

Aus pädagogischen Gründen hält die GEW auch nur Ganztags-schulen für sinn-voll, an denen alle Kinder einer Klasse am Ganztagsbetrieb teilnehmen. Das Gesetz sieht jedoch vor, dass kleine Grundschulen dann klassen- oder jahrgangsübergreifen-de Ganztagsgruppen bilden können, wenn 25 Kinder angemeldet werden. Hier wiede-

rum ist der Gemeindegang gänzlich anderer Ansicht als die GEW. Die Mindestschüler-zahl von 25 sei eine sehr hohe Hürde für Schulen im ländlichen Raum, beklagt Roger Kehle, der Präsident des Gemeindegangs. Die pädagogische Qualität könne auch in kleineren Gruppen garantiert werden, fin-det Kehle.

Im Landtag ließ Kultusminister Andre-as Stoch (SPD) die Kritik der Opposition nicht gelten. Wie sein Fraktionskollege Fust-Blei warf er der CDU vor, „Sie suchen krampfhaft das Haar in der Suppe“. Das Ge-setz biete eine „solide Basis für eine quali-tätsvolle Entwicklung“ der Ganztags-schulen. Durch die vorgesehene Wahlmöglich-keit sei es möglich, vor Ort die richtigen An-gebote zu machen. „Niemandem wird et-was aufgezwungen“, bekräftigte Stoch. Der Kritik von CDU und FDP hielt er entgegen, dass die Eltern immer über die Schulkonfe-renz an der Entscheidung über die Einrich-tung einer Ganztags-schule beteiligt seien.

Der Einstieg in das neue Konzept über die Grundschulen stößt auf allen Seiten auf Zustimmung. Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung auch für die an-deren Schularten einen Plan für den Ganz-tags-schulausbau vorlegt.